

AUFWACHSEN IN KRISENZEITEN – SICHERHEIT GEBEN, RESILIENZ FÖRDERN  
**ARBEITSPAPIER** ZU AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN IN DER ARBEIT MIT  
KINDERN UND JUGENDLICHEN

31.03.2023

---

**ZIEL DES ARBEITSPAPIERS**

In seiner Funktion als ressortübergreifendes Gremium ist es Aufgabe des Landespräventionsrates, neue Problemlagen aufzugreifen, zu diskutieren und zukunftsweisende Lösungen anzuregen. In Krisenzeiten gilt das im Besonderen. In diesem Sinne verfolgen wir mit dem vorliegenden Arbeitspapier das Ziel, die durch die Aktivitäten der *AG Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz; Kinder- und Jugendschutz (AG 1) des LPR<sup>1</sup>* gewonnenen Erkenntnisse zu den Folgen der Krisenereignisse für Kinder und Jugendliche kurz darzustellen und daraus resultierend neue bereichsübergreifende Herausforderungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg abzuleiten. Das von den Mitgliedern der AG 1 und Kolleginnen der RAA verfasste Arbeitspapier ist Ergebnis des bisherigen Verständigungsprozesses. Mit der Veröffentlichung auf der Homepage des LPR soll es allen Interessierten (bspw. Fachöffentlichkeit; Schüler- und Elternschaft) zugänglich gemacht werden, auch um der Debatte über die Lage von Kindern und Jugendlichen neue Impulse zu verleihen.

---

**ZIELEPRÄZISIERUNG DER PRÄVENTIONSARBEIT MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN**

Das sichere und gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist und bleibt das Ziel vielfältiger Bemühungen unterschiedlicher Personen und Institutionen im Präventionsbereich. Das Aufwachsen in Krisenzeiten stellt diese Personen und Institutionen jedoch vor ganz besondere Herausforderungen. Es geht um frühzeitiges Erkennen von neuen Gefährdungen bzw. Risiken, um angemessenes Reagieren unter den spezifischen Rahmenbedingungen und schließlich darum, eigene Prozesse und Strukturen anzupassen. Handlungsleitend ist dabei zum einen, Kinder und Jugendliche handlungsfähiger sowie resilienter und zum anderen, die Institutionen, in denen sie aufwachsen, „krisenfester“ zu machen, damit Kinder auch in Zukunft gesund und sicher aufwachsen können.

---

**AUSGANGSLAGE: AUFWACHSEN IM DAUERKRISENMODUS**

Gravierende Klimaveränderungen – Corona-Pandemie – Geldentwertung – Krieg in Europa – Energieversorgungsunsicherheit ... das sind die gegenwärtig am häufigsten genannten Krisenphänomene, die sich wechselseitig verstärken. Verglichen damit erscheinen die Jahre bis einschließlich 2019 durch eine weniger angespannte Problemlage und überwiegend kontinuierliche Tätigkeit der Akteure gekennzeichnet.

---

<sup>1</sup> Gemäß Kabinettsbeschluss vom 21. März 2000 hat die „... Bildung eines Landespräventionsrates im Land Brandenburg (...) zum Ziel, auf der Grundlage ressortübergreifender Präventionsstrategien durch staatliche, kommunale und private Projekte und Maßnahmen kriminalitätsbegünstigende Faktoren zu beseitigen sowie die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Land durch eine Stärkung des Sicherheitsgefühls nachhaltig zu verbessern.“ Der LPR hat u.a. die Aufgaben der „Erarbeitung von Vorschlägen und Empfehlungen für die Landesregierung zur Verhütung von Kriminalität („Politikberatung)“, der „Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichen beruflichen Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können“ sowie der „Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen.“ Zur Aufgabenerledigung wurden ständige Arbeitsgruppen eingerichtet, von denen eine die „AG 1: Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz; Kinder- und Jugendschutz“ ist.

Im Jubiläumsjahr zum 20-jährigen Bestehen des LPR 2020 war ein auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche ausgerichtetes interdisziplinäres Kolloquium zu den Phänomenen Gewalt, Mobbing und Hass fertig vorbereitet. Dieses Kolloquium sollte dazu dienen, aus Präventionssicht Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu entwickeln.

Die im Frühjahr 2020 einsetzende Corona-Pandemie war der erste Schock, der Auswirkungen auf nahezu „alle und alles“ hatte, sowohl auf die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen als auch auf die Arbeit der Präventionsakteure. Es gab spürbare Veränderungen im Alltagsleben (home schooling, Social Distancing usw.) und die damit verbundene Verstärkung alter und neuer Problemlagen (vermehrte häusliche Gewalt, weniger soziales Miteinander, mehr psychische Belastungen, mehr Internetrisiken, Anfälligkeit für Verschwörungsmythen usw.).

---

#### AKTIVITÄTEN ZUR BESTANDSAUFNAHME

Nachdem „Corona“ die Durchführung des Kolloquiums 2020 verhinderte und zugleich die landesweiten Defizite hinsichtlich der Digitalisierung offengelegt hat, trafen sich im Januar 2021 Expertinnen und Experten zu einer Videokonferenz und berieten sich zu Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche („Gemeinsames Fachgespräch“). Es war der Auftakt für einen Prozess, der zur Fachtagung im September 2022 führte.

Zentrale Befunde des [„Gemeinsamen Fachgesprächs“](#), einem neuen Format, bei dem sich die Mitglieder einer mit Präventionsarbeit befassten AG des Bildungsressorts und der AG „Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz; Kinder- und Jugendschutz“ des LPR austauschten, waren:

- Es gibt sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, die stark vom sozioökonomischen Status der Eltern sowie deren Bildungsniveau abhängen. Corona hat die bereits bestehenden Problemlagen verschärft. → sozial-emotionale und kognitive Defizite
- Es sollte nicht nur über Kinder und Jugendliche geredet werden. Sie sollten eine eigene Stimme bekommen. Deshalb wurde u.a. im Jahr 2021 der [Schreib- und Kreativwettbewerb des LPR](#) (Juni bis September 2021; Preisverleihung im Dezember 2021) ausgelobt. → Partizipationsdefizite
- Verschwörungserzählungen im Kontext „Corona“ bekamen eine gesellschaftlich negativ spürbare Relevanz, so auch für Kinder und Jugendliche. → Orientierungsdefizite

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche fand im Juni 2021 ein [zweites Online-Fachgespräch](#) zwischen den Expertinnen und Experten der AG „Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz; Kinder- und Jugendschutz“ und der AG „Prävention von politischem Extremismus“ des LPR zum Umgang mit Verschwörungserzählungen statt. Dieses Fachgespräch hatte positive Einflüsse auf weitere konkrete Maßnahmen, so fanden bspw. zwei durch das MBS organisierte Videoschaltkonferenzen mit einem großen Teilnehmerkreis statt, an denen alle Schulleitungen von Oberschulen teilnehmen konnten.

Ebenfalls im Jahr 2021 fand im November eine gemeinsame [Online-Fachtagung mit dem LPR Sachsen „Stärkung der Demokratie – Was kann \(Kriminal-\)Prävention leisten?“](#) statt. Ausgangspunkt waren vergleichbare bundesländerübergreifende gesellschaftliche Entwicklungen und Phänomene. Die Fachtagung widmete sich praxisorientiert der Frage, wie ein demokratisches Gemeinwesen mit alten und neuen

Herausforderungen politischer Extrempositionen umgehen kann oder sollte. Eine Akzentuierung lag hierbei auf dem ländlichen Raum. Thematisch ging es um kommunikationsbezogene Aktivitäten während der Corona-Zeit und um Gelingens-Bedingungen bei der Durchführung von Veranstaltungen mit Konfliktpotenzial, so bspw. zur Hochphase der Zuwanderungsdebatte.

Die [Fachtagung „Sicheres und gesundes Aufwachsen in Krisenzeiten. Stand und Perspektiven der Prävention.“](#) im September 2022 – diesmal wieder in Präsenz – war eine professionsübergreifende und interdisziplinäre Austauschplattform für all diejenigen, die in ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Sie war gewissermaßen die Konsequenz aus den vorgenannten Aktivitäten seit dem ersten Fachgespräch im Januar 2021 und gab Raum für Vorträge aus der Wissenschaft sowie den praxisbezogenen Austausch, um Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen zu identifizieren und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Zunächst ging es um eine Bestandsaufnahme zum Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in Brandenburg: Wie verletzlich, aber auch wie resilient (widerstandsfähig) sind Kinder und Jugendliche? Welche Hilfe brauchen welche Kinder? Zudem sollte das Hilfe- und Unterstützungssystem näher betrachtet werden: Welche Akteure geben welche Unterstützung? Wer leistet die notwendige haltgebende Beziehungsarbeit? Wie kooperieren die Akteure? Und: Welche Bedarfe bestehen und welche Empfehlungen geben die Akteure? Was wäre wichtig zu verändern? Wie könnte das erfolgen?

---

#### EINE VORLÄUFIGE ZWISCHENBILANZ

Ausgehend von den Fachvorträgen von

- **Herrn Prof. Dr. Ludwig Bilz, BTU:** „Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Schülerinnen und Schülern – Erste Ergebnisse der HBSC-Studie Brandenburg 2022“

und

- **Frau Prof. Dr. Julia Asbrand, HUB:** „Zeitalter der Krisen? – Herausforderungen und Chancen für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“

sowie den Inputs und Diskussionen in den Workshops

- „Sicherheit geben in unsicheren Zeiten“
- „Sicheres und gesundes Aufwachsen in Familie und Schule: Gewalt gegen Kinder“
- „Sicherheit im Netz: (Cyber-)Mobbing, Fake News“

der Fachtagung „Sicheres und gesundes Aufwachsen in Krisenzeiten“<sup>2</sup> im September 2022 haben wir für die Arbeit innerhalb der AG 1 des LPR folgende Erkenntnisse gewonnen und entsprechende Schlussfolgerungen abgeleitet:<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Ein Download der Vorträge ist möglich unter:

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/presse/pressemitteilungen/detail-pm-und-meldungen/~17-10-2022-fachtag-am-29-09-2022>

<sup>3</sup> Die angeführten Aussagen und Erkenntnisse stehen weitgehend im Einklang mit aktuellen bundesweiten Untersuchungen, z.B. mit der Trendstudie „Jugend in Deutschland“ der Jugendforscher Schnetzer und Hurrelmann vom Oktober 2022.

## Corona-Pandemie und die Folgen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind gravierend und vielfältig: Sie reichen von verstärkten psychischen Problemen über deutliche Lernrückstände, Bewegungsmangel und Übergewicht, vermehrten Hass- und Mobbing Erfahrungen, insbesondere im Netz, bis zu politischen Konsequenzen, wie dem Vertrauensverlust gegenüber der Politik und den Medien. Belastet waren nicht nur die Kinder und Jugendlichen und deren Bezugspersonen, wie die Eltern, die Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sowie andere haupt- und ehrenamtlich beschäftigte Fachkräfte der Jugendhilfe, sondern alle Bürgerinnen und Bürger.

*Folgen der Corona-Pandemie in Stichworten: Krankheiten – soziale Distanzierung – weniger Interaktionen – mehr Zeit für digitale Medien – Entwicklungsaufgaben erschwert – Ängste – Depressionen – Einsamkeit – Suizidgedanken (Verdopplung) – Gewalterfahrungen – häusliche Gewalt – Veränderung des Gesundheitsverhaltens – weniger körperliche Aktivitäten – Anstieg Übergewicht u.a.*

Die Corona-Pandemie hat vor allem die Bedeutung von Schule als sozialen Ort, als Begegnungs- und Sozialisationsort deutlich gemacht. Schule konnte nicht wie gewohnt als Instanz des sozialen Miteinanders und des Ausgleichs fungieren. Infolgedessen wurden psychische Belastungen bzw. Störungen verstärkt. So gibt es bei etwa 20% der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten / Störungen, wovon sich wiederum nur 20% in therapeutischer Versorgung befinden. Hier wird eine psychosoziale, therapeutische Mangelversorgung sichtbar.

Der Anstieg der Bildschirmzeit hat sowohl positive (Reduzierung von Unterrichtsausfall / Homeschooling / erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten) als auch negative Auswirkungen (Einschränkung der zwischenmenschlichen Kommunikation durch soziale Medien, Tendenz zur rauerer Sprache, Cybermobbing, Hate Speech). Etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen ist anfällig für Verschwörungsideologien, so wie Erwachsene auch. Kinder und Jugendliche spiegeln – als Seismograf – die Gesellschaft wider. Hierbei zeigen sich Unterschiede nach dem Bildungsniveau.

Die Corona-Pandemie hat als Katalysator vorhandene soziale und Bildungsungleichheiten weiter verschärft: Die Folgen sind vor allem bei denjenigen spürbar, die ohnehin benachteiligt waren bzw. sind, sei es durch Armut, prekäre Familiensituationen, Krankheit oder häusliche Gewalt. Nach dem Jugendforscher Klaus Hurrelmann sind dies etwa ein Drittel, die sog. „Corona-Generation“. Junge Menschen aus privilegierten Elternhäusern haben dagegen sogar an Selbstständigkeit und Selbstkontrolle gewinnen können.

Mädchen sind häufiger von negativen Folgen betroffen. Zudem sind die Auswirkungen für ältere Jugendliche negativer als für Kinder und junge Jugendliche vor allem an den Übergängen von Kita zur Schule, Grundschule zur weiterführenden Schule, weiterführender Schule zur Ausbildung. Weitere Risikofaktoren sind: geringer Selbstwert, schlechtes Familienklima, geringer sozioökonomischer Status und Bildungshintergrund, fehlende soziale Bindung außerhalb der Schule, Fehlen von Alltagsroutinen (unregelmäßige Mahlzeiten), beengter Wohnraum, geringer ausgeprägte verbale Konfliktregulierungsmechanismen und begrenzte verbale Kommunikationsmöglichkeiten. Die unterschiedliche Betroffenheit weist auf individualisierte bzw. gruppenspezifische Unterstützungsangebote hin.

## Die aktuelle Mehrfachkrise<sup>4</sup>

Die gegenwärtigen Krisen (Klima, Inflation, Krieg und Energie) hängen zusammen. Der Leidensdruck durch Pandemie, Krieg und Klimakatastrophe betrifft Kinder und Jugendliche im besonderen Maße. Die Komplexität der Krisen überfordert sie und ihr individuelles Stresslevel steigt. Der Bedarf vor allem an psychosozialer Betreuung ist hoch und wird weiter ansteigen. Übergeordnetes Ziel muss es sein, nicht mehr nur auf EINE Krise konkret reagieren zu müssen, sondern die themenunabhängigen Fähigkeiten zu verstärken, auf Krisen im Allgemeinen reagieren zu können. Das wirft erneut die Frage auf, wie Kinder und Jugendliche für Krisenzeiten handlungsfähiger bzw. resilienter und die entsprechenden Institutionen „krisenfester“ gemacht werden können. Das gilt auch für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter u.a.

Auch ältere Menschen sind von den Folgen des Krieges stark betroffen; insbesondere diejenigen, die bereits einen Krieg miterlebt hatten.

Insgesamt ist ein deutlicher Anstieg an psychischen Erkrankungen und damit auch eine erhöhte Suizidgefahr festzustellen. Das Gesundheitssystem ist offenbar überlastet. Oftmals kann nur noch eine Krisenversorgung und keine Regelversorgung mehr gewährleistet werden. Die sozio-emotionalen Entwicklungsdefizite bei Kindern bedürfen einer möglichst zeitnahen Bearbeitung. Die Nachfrage nach psychosozialen Unterstützungsangeboten ist jetzt schon groß und wird weiter steigen. Je früher Defizite im sozio-emotionalen oder kognitiven Bereich erkannt und bearbeitet werden, desto besser für die künftige Persönlichkeitsentwicklung. Auch hier ist Prävention (Vorsorge) besser als Heilung (Nachsorge). Frühe Investitionen und frühe wirksamkeitsgeprüfte Prävention sind Grundvoraussetzungen für gute Entwicklung und gesundes Aufwachsen.

---

## FOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN DER AG 1<sup>5</sup>

Unsere Folgerungen und Empfehlungen betreffen vor allem drei größere Themenfelder, wie sie sich durch die Aktivitäten des LPR/AG 1 in den letzten drei Jahren ergeben haben:

### 1. Stärkung der gesundheitlichen Resilienz von Kindern und Jugendlichen

Aus den festgestellten sozio-emotionalen und kognitiven Defiziten sollten *erstens* Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen verstärkt werden. Dies kann geschehen u.a. durch:

- Sensibilisierung für psychische Probleme, pädagogische Beziehungsarbeit sowie Soziales Lernen weiter stärken (durch Corona oftmals nicht realisierbar), ebenso Krisenintervention und Erziehungsberatung (z.B. Psychologie/Therapie im Schulalltag, Fort-/Weiterbildung, Lehrkräfteausbildung u. ä.),

---

<sup>4</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Folgen von Corona wesentlich tiefer erforscht sind als die Folgen der ggw. Mehrfachkrise.

<sup>5</sup> Die angeführten Folgerungen und Empfehlungen decken sich teilweise mit denen bundesweiter Initiativen, z.B. mit den Ad-Hoc-Empfehlungen des Deutschen Ethikrates vom 28.11.2022, den Zielen des neugegründeten „Bündnis für die junge Generation“ vom 8.12.2022, der Erklärung der Jugend- und Familienkonferenz der Länder (JMFK) vom 30.11.2022 sowie zahlreichen Offenen Briefen von Schülervertretungen.

Kinder und Jugendliche brauchen Ansprech- und Vertrauenspersonen für (seelische) Probleme (Sozialarbeit, Vertrauenspersonen an Schulen u.a.).

- Vorhandene Institutionen für junge Menschen stärken und krisenfest machen (Schule, Kita, Freizeit, Sport...), einschließlich medizinischer/therapeutischer Versorgung. Längerfristig ausgerichtete Arbeit muss auch im Krisenmodus fortgesetzt werden (können). Die Kinder- und Jugendhilfe als entlastende Institution wäre gut geeignet, um entlastende Angebote für junge Menschen niedrigschwellig und bedarfsorientiert anzubieten. Die Angebote sind vielfältig und professionell, benötigen oftmals bessere Verzahnung und Sichtbarkeit und sind zu verstetigen.
- Vorhandene Beratungs- und Hilfsangebote überprüfen und sichtbar machen sowie strukturelles Nebeneinander der Institutionen durch eine bessere Verzahnung bzw. ein systemisches Gesamtverständnis ersetzen (Schule, Jugendamt, Jugend- und Sozialarbeit, medizinische, psychosoziale und therapeutische Angebote, bedingt: Sicherheitsbehörden), v.a. bei besonderen Fällen bereichsübergreifend zusammenarbeiten, Vernetzung ernst nehmen und kooperieren.
- Förderung und Ausbau einzel- und gruppenpädagogischer psychosozialer Angebote mit niedrigschwelligem Zugang zu unterstützenden, langfristig angesetzten Angeboten.
- Mechanismen zur Früherkennung gesellschaftlich besonders relevanter Veränderungen stärken. Monitoring gesellschaftlicher Entwicklungen (Radikalisierungstendenzen etc.) und Gegenmaßnahmen → strukturierte Einbeziehung von fachlicher Expertise (ohne politische Verantwortungsdelegation).
- Anlassbezogene kritische Prüfung der Personalausstattung relevanter Fachbereiche durch die personalführenden Stellen.

## **2. Stärkere Befähigung und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bzgl. Mitsprache- und Entscheidungsprozessen**

Aus den besonders in der Corona-Krise konstatierten Partizipationsdefiziten sollten *zweitens* Maßnahmen zur stärkeren Befähigung und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bzgl. Mitsprache- und Entscheidungsprozesse ausgebaut werden. Dazu können u.a. folgende Maßnahmen dienen:

- Dialog/Austausch mit Kinder und Jugendlichen auf Augenhöhe ausbauen, auch als Chance, bedarfsgerecht(er) adäquat(er) reagieren zu können.
- Stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Belange und in Gremien, die sie betreffen.
- Individuelle und verschiedenartige Bedürfnisse der jungen Menschen anerkennen sowie deren Handlungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit für Krisenzeiten fördern.
- Kinderrechte im Allgemeinen und konkrete Rechte, wie die auf „gute Gesundheit“, auf Beteiligung, auf angemessenen Lebensstandard, auf Bildung und auf Ruhe, Freizeit, Spiel und aktive Erholung, stärken.

### **3. Förderung der demokratischen Resilienz von Kindern und Jugendlichen**

Aufgrund der gestiegenen Orientierungsprobleme in Krisenzeiten bedarf es *drittens* verstärkter Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Resilienz in Form von Orientierungs- und Urteilskompetenz, einschließlich der Medienkompetenz. Daraus ergeben sich u.a. folgende Vorschläge:

- Aufwertung von Themen wie Demokratieverständnis, Wertebildung und demokratische Resilienz.
- Kompetenz- und Bereitschaftsförderung, um unterschiedliche Formen der Bedrohung der Demokratie zu erkennen und zu begegnen, z.B. Fake News, Rechtsextremismus, Verschwörungsmethoden (sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen Arbeit).
- Demokratiepädagogik aufwerten, insbesondere Demokratie lernen durch demokratische Erfahrungen im (außer)schulischen Alltag.
- Aufnahme dieser Themen in die Lehrkräftebildung in allen drei Phasen.
- Aufwertung der politischen und historischen Bildung im Curriculum und der außerschulischen Jugendarbeit.
- Gesellschaftliches Engagement für Andere stärker fördern.

---

#### **AUSBLICK**

Die in unserem Arbeitspapier angeführten Folgerungen bzw. Empfehlungen zum Thema „Aufwachsen in Krisenzeiten“ haben sich aus der intensiven Befassung der Mitglieder der AG 1 insbesondere in den letzten beiden Jahren ergeben. Sie sind als Anregungen und Vorschläge gedacht und können als Grundlage für Diskussionen und eine allgemeine Verständigung gern genutzt werden. Wir würden uns freuen, wenn über diesen bereichsübergreifenden Verständigungsprozess die gesellschaftlich notwendige Debatte über die gegenwärtigen und künftigen Bedingungen für ein gesundes und sicheres Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg intensiviert werden könnte.

Die AG 1 des LPR wird sich in ihren turnusmäßigen Sitzungen auch weiterhin mit den Inhalten dieses Arbeitspapiers befassen, nicht zuletzt, da die Themen "Krise, Prävention und Resilienz" bei den nächsten Deutschen Präventionstagen (Mannheim, Juni 2023 und Cottbus, Juni 2024) eine gewichtige Rolle spielen werden.